

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Neue Rolle für die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit

Heute Montag beginnt in Paris ein Gipfeltreffen der KSZE-Staaten – Wesentliche Veränderungen seit der Unterzeichnung der Schlussakte

(G.M.) – Heute Montag beginnt in Paris ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), in dessen Mittelpunkt die Verabschiedung einer Charta für Europa sowie Nordamerika stehen wird. An diesem Gipfeltreffen, dem ersten dieser Art seit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte im Jahre 1975 und seit der Umwälzung im Osten Europas, nimmt das Fürstentum Liechtenstein durch Regierungschef Hans Brunhart teil. Der Regierungschef wird begleitet vom Leiter der KSZE-Delegation, Graf Mario von Ledebur, Botschafter Roland Marxer, dem Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, sowie Prinzessin Maria Pia von Liechtenstein als diplomatische Mitarbeiterin bei der liechtensteinischen Botschaft in Bern.

Das welt- und regionalpolitische Umfeld für die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hat sich in den vergangenen 15 Jahren entscheidend geändert. Während bei der Unterzeichnung der Schlussakte in Helsinki noch von einem festgefügt Blocksystem in Ost und West ausgegangen werden musste, hat sich mit den Umwälzungen im Osten Europas und in der Sowjetunion im vergangenen Jahr ein Wandel vollzogen, dem die KSZE mit der vor der

Verabschiedung stehenden Charta angepasst werden soll. «Weil ein neuer Geist, der jenseits aller Vorurteile und Ideologien über den Gegensätzen der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme und über den Machtblöcken stehen soll, deutlich aus der Schlussakte spricht, ist auch die Regierung des Fürstentums Liechtenstein bereit, ihre Unterschrift unter die Texte zu setzen», erklärte der damalige Regierungschef Dr. Walter Kieber in Helsinki. Die Hoffnungen, die er mit seiner Erklärung artikuliert, blieben lange Zeit unerfüllt oder konnten nur über grosse Widerstände in kleinen Schritten erfüllt werden.

### Für Liechtenstein wichtig

Ein weiterer Satz, den Regierungschef Kieber damals formulierte, könnte heute, wenn auch unter anderen Vorzeichen und Voraussetzungen, wieder zitiert werden: «Jetzt stehen wir vor der praktischen Ausführung, wo es an den Regierungen und ihren Organen, aber auch an allen Menschen in Europa liegt, besonders an der Jugend und jenen, die die Verantwortung für die Information der Öffentlichkeit tragen, die neuen Möglichkeiten klug, fest, beharrlich und im Einklang mit der Würde des Menschen konkret zu verwirklichen.» Diese vor 15 Jahren gemachten Ausführungen unterstreichen das Interesse Liechtensteins am sogenannten

KSZE-Prozess, der schon mit den Vorbereitungskonferenzen begonnen und mit dem Helsinki-Gipfel sowie den verschiedenen Nachfolgekonzferenzen fortgesetzt wurde. In der Rückschau wird der ausserpolitische Stellenwert des KSZE-Prozesses besonders deutlich, wie er sich für unser Land darstellte. Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner würdigte die KSZE-Teilnahme Liechtensteins im Landtag 1975 mit den Worten: «Man darf wohl sagen, dass es die für uns wichtigste multilaterale Konferenz war, an der wir je als gleichberechtigter Partner teilgenommen haben.»

### Konsens aller Staaten

Die KSZE war von Beginn an auf den Konsens aller beteiligten 35 Staaten (nach der Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik noch 34 Länder) angelegt, was den neutralen und kleinen Staaten die Chance gab, ihre Stellung zwischen den Grossstaaten zu behaupten. In einem Interview zum 15. Jahrestag der KSZE-Konferenz in Helsinki wies Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wile auf diesen Aspekt hin: «Unser Land konnte ungeachtet seiner Kleinheit als gleichberechtigter Partner im Rahmen dieser Konferenz der 35 europäischen Staaten und den USA sowie Kanada teilnehmen und auch eine Rolle spielen.

Liechtensteinische Delegationsmitglieder konnten teilweise Vermittlerdienste leisten, wenn die Gespräche zwischen den grossen Staaten ins Stocken gerieten, liechtensteinische Vorschläge waren geachtet, weil sie niemanden «gefährlich» werden konnten.» Diese Erfahrung des kleinen Landes wirkte sich auch auf die parallele und die nachfolgende Aussenpolitik aus, die ihre besondere Stärkung im Sinne eines vermehrten eigenständigen Auftretens nicht zuletzt durch die hier gezeigte Anerkennung der Souveränität erhielt.

### Meilenstein für Liechtenstein

Den Einbezug Liechtensteins in die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bezeichnete die Regierung in einem Bericht über die Aussenpolitik als «bedeutenden Meilenstein in der Gestaltung der liechtensteinischen Aussenpolitik». Das Verfahren des Konsenses und der Rotation habe es auch einem kleinen Land wie Liechtenstein erlaubt, an den Verhandlungen der KSZE gleichberechtigt und unter Wahrung seiner Interessen teilzunehmen. Die Gipfelkonferenz in Paris mit der Verabschiedung der Charta für Europa und Nordamerika, die auch die Unterschrift Liechtensteins tragen wird, dürfte diesen Aspekt erneut bekräftigen.

## Sport aktuell

### Nur der USV siegte

Im reduzierten Fussball-Meisterschaftsbetrieb kam einzig Zweitligist USV zu einem Vollerfolg (4:0-Sieg in Landquart). Mit einer 6:1 (2:1)-Packung musste Erstligist Balzers aus Brüttisellen heimkehren, während Vaduz in der 2. Liga bei Rebstein nicht über ein 0:0 hinauskam.

### VBC Galina souverän

Weiterhin ungeschlagen an der Tabellenspitze steht Nationalliga B-Aufsteiger VBC Galina Schaan. In nur 53 Minuten fertigten die Schaaner am Samstag den Nati B-Absteiger Uni Basel mit 3:0 ab.

### HC Vaduz verlor

In der 2. Liga musste sich der Handballclub Vaduz zu Hause dem Tabellenführer BTV Chur mit 19:23 (11:9) geschlagen geben, wobei mit etwas mehr Disziplin ein Sieg durchaus möglich gewesen wäre.

### Sigi Hermann gestürzt

Bös zu Sturz kam am Samstag der Bahn-Profi Sigmund Hermann bei der «Nacht von Köln». Gut eine Woche vor Beginn des Zürcher Sechstagerrenns zog er sich eine schwere Prellung am Knie sowie eine Gehirnerschütterung zu.

## Ost-West-Vertrag über Abrüstung

Wien (AP) Die Unterhändler der NATO und des Warschauer Pakts haben am Sonntag vormittag im Ratssaal der Wiener Hofburg den Vertrag über die Abrüstung konventioneller Waffen in Europa paraphiert. Sie machten damit den Weg frei für die feierliche Unterzeichnung des Abkommens auf dem Gipfeltreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am Montag in Paris.

Der beispiellose Vertrag soll es den Mitgliedern der beiden Bündnisse über die Festsetzung von Höchstzahlen für Waffen wie Panzer und Flugzeuge unmöglich machen, einen Angriffskrieg zu führen. Beide Seiten sprachen in Wien von einem Meilenstein auf dem Weg zu einem stabilen Frieden in Europa.

## SP und Smuv wollen Schweizer Beitritt zur EG

SPS-Vorstand für EG-Beitritts-gesuch «mit Rahmenvorgaben» – Smuv unterstützt die Euro-Initiative

Bern (AP) Die Sozialdemokraten und der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverein (Smuv) streben einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft an. Der SPS-Vorstand sprach sich am Samstag einhellig für einen EG-Beitritt aus und forderte den Bundesrat in einem europapolitischen Positionspapier zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit klaren «Rahmenvorgaben» auf. Der Smuv beschloss als erste grosse Einzelgewerkschaft die Unterstützung der Euro-Initiative, die einen EG-Beitritt verlangt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) genehmigte am Samstag ohne Gegenstimmen und Enthaltungen ein Strategiepapier zur EG, wie die Partei mitteilte. Der Beitritt dürfe aber nicht zu einem umwelt- und sozialpolitischen Nulltarif erfolgen. Zusammen mit den Beitrittsverhandlungen müssten Verhandlungen über einen Trans-

sitverkehrs-Vertrag mit der EG stattfinden, um einen 40-Tonnen-Korridor für Lastwagen durch die Schweiz zu verhindern. Dazu sollen befristete ausländerpolitische Ausnahmegestimmungen vereinbart werden. An den fortschrittlichen Schweizer Umweltnormen dürfe es zudem keine Abstriche geben. Die Sozialdemokraten wollen nach eigenen Angaben die europapolitische Dynamik zu dringenden sozial-, wirtschafts- und gleichstellungspolitischen Reformen in der Schweizer Innenpolitik nutzen. Die Volksrechte sollen durch einen EG-Beitritt nicht abgebaut, sondern vielmehr qualifiziert werden.

### EWK-Verhandlungen in Schwierigkeiten

Der SPS-Präsident und Walliser Nationalrat Peter Bodenmann sagte in der Sendung «Echo der Zeit» des Schweizer Radios, die Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) steckten in Schwierigkeiten. Es sei klar,

dass die Schweiz keine Mitsprache und auch keine dauernden Massnahmen erhalten. Deshalb sei das Beitritts-gesuch zu stellen.

Der Smuv beschloss gleichentags an einer Delegiertenversammlung, aus sozial- und staatspolitischen Gründen die Euro-Initiative zu unterstützen. An den EWR als Alternative zu einem EG-Beitritt glaube heute kaum noch jemand, heisst es in einer Mitteilung. Ziel der Gewerkschaft sei die Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer in einem künftigen europäischen Binnenmarkt. Die Initiative verlangt vom Bundesrat, mit der EG Beitrittsverhandlungen aufzunehmen und danach eine Volksabstimmung anzusetzen. Mitte Oktober hatte sich bereits der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) grundsätzlich für einen EG-Direktbeitt und gegen den EWR ausgesprochen, ohne aber zur Initiative Stellung zu nehmen.

## Klare Mehrheit für die Mehrwertsteuer

Bern (AP) Der Wechsel von der Warenumsatz- zur Mehrwertsteuer in der Schweiz dürfte im Nationalrat mit einer komfortablen Mehrheit beschlossen werden. Die Fraktionen der Bundesversammlung sprachen sich mit Ausnahme der Grünen für einen Steuer-Systemwechsel und die Neuordnung der Bundesfinanzen aus, wie sie am Wochenende mitteilten. Bei der Beratung des Budgets 1991 zeichnet sich eine Kontroverse zwischen den Bürgerlichen und der SP um den Strassenbau ab.

Aller Voraussicht nach haben die Schweizer Stimmbürger im kommenden Jahr zum dritten Mal nach 1977 und 1979 über die Einführung der Mehrwert- anstelle der Warenumsatzsteuer abzustimmen. Nachdem sich der Ständerat bereits im vergangenen Juni gegen den Willen von Finanzminister Otto Stich für einen Systemwechsel ausgesprochen hat, hat die überwiegende Mehrheit der Fraktionen nun auch für die anstehenden Beratungen im Nationalrat grünes Licht für die Einführung der als europatauglich bezeichneten Mehrwertsteuer gegeben.

Uneinigkeit herrscht noch in Detailfragen. So will sich die freisinnige Fraktion dafür einsetzen, dass im Gegensatz zum Ständerat und zur Mehrheit in der vorbereitenden Kommission des Nationalrates die gastgewerblichen Leistungen bloss einem reduzierten Steuersatz von vier anstatt der üblichen 6,2 Prozent unterstellt werden. Auch wendet sie sich gegen die Besteuerung von Lebensversicherungsprämien. Die SVP verlangt, dass die Mehreinnahmen durch den Systemwechsel mit einem zehnprozentigen Rabatt bei der direkten Bundessteuer wettgemacht werden. Die CVP will den Höchstsatz von 6,2 Prozent in der Bundesverfassung festschreiben. Im Bedarfsfall sollen zusätzliche 1,3 Prozent für die Finanzierung der AHV bereitgestellt werden. Die Sozialdemokraten sehen die Mehrwertsteuer ebenfalls als Mittel zur Absicherung der AHV. Der Kompromiss in Sachen Finanzreform werde insgesamt mehr Geld in die Bundeskasse bringen und so die finanziellen Voraussetzungen zur Annahme der Krankenkassen-Initiative bringen. Als negativ bezeichnet die SPS-Fraktion die Aufhebung der Taxe occulte und die Befreiung der Banken und ihrer Kunden von der Stempelsteuer, ohne dass im Finanzbereich eine Kompensation stattfinde.

## Freilassung aller Geiseln angekündigt

Nikosia (AP) Die irakische Führung hat die Freilassung aller in Irak festgehaltenen Ausländer vom 25. Dezember an beschlossen. Das meldete am Sonntag die irakische Nachrichtenagentur INA.

Wie es in der INA-Meldung weiter hiess, wurde auf einer Sitzung unter Vorsitz des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein entschieden, dass «ausländische Gäste» vom 25. Dezember an gruppenweise aus Irak ausreisen dürften. Die letzte Gruppe könne Irak am 25. März verlassen, wenn bis dahin nichts geschehe, was den Frieden am Persischen Golf störe.

In einer vom irakischen Fernsehen verbreiteten Verlautbarung hiess es, die Freilassung der Ausländer werde in drei Phasen vor sich gehen. Laut INA ist der Beschluss zur Freilassung eine Reaktion auf die von «Leuten guten Willens» vorgebrachten Ersuchen. Damit sollten «konstruktive Massnahmen auf dem Weg des Friedens» ermutigt werden. Damit solle auch «allen Elementen des Bösen» entgegengewirkt werden, mit denen auf einen Kriegszustand hingearbeitet werde, hiess es in der von INA verbreiteten Erklärung.

## Bodenseeländer aktivieren Zusammenarbeit

Internat. Bodenseekonferenz beschloss interne Leitlinien, Umweltaktivitäten und Bildungsmassnahmen

(pdg) – Neben internen Organisationsfragen standen Fragen über die Abgasvorschriften für Schiffsmotoren, die Begrenzung der Bootslegetplätze und der Bootszahlen, der Abschlussbericht über die Instandstellung der «Hohentwiel» als Fahrgast- und Museumsschiff, ein Bericht über Waldschäden und Luftreinhaltung, die Zusammenarbeit in Fragen der bildenden Kunst im Bodenseeraum und das Thema «Bildungslandschaft Bodenseeraum» auf dem Programm der 11. Bodenseekonferenz vom vergangenen Wochenende in Feldkirch.

Die Regierungschef beziehungsweise die Ressortchefs mit ihren Chefbeamten aus Baden-Württemberg, Bayern, der Kantone St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau sowie von Vorarlberg haben mit dieser Feldkircher Tagung eine längere Pause der Bodenseekonferenz beendet. Als zukünftige Aufgabe soll – unter der Führung von Bayern – ein Ausschuss für Verkehrsfragen gebildet werden, der das Problem «diskutieren und zusammenzufassen versuchen soll». Auf der 11. Bodenseekonferenz in Feldkirch wurden Verkehrsfragen nicht behandelt.

Die einzelnen Beschlüsse der Konferenz weisen unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten auf. Bei den Abgasvorschriften für Schiffsmotoren warten die übrigen Bodenseeländer auf die Entscheidung der Schweiz. Wie Regierungs-

rat Dr. Willi Geiger mitteilte, prüft die Regierung in Bern, die messtechnischen Details auch für die Schweizer Binnenseen und für den Genfersee sowie die Tessiner Seen gemeinsam mit Italien an-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Die Delegationsleiter der 11. Internationalen Bodenseekonferenz in Feldkirch: Von links Staatssekretär Otto Zeiler (Bayern), Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher (Vorarlberg), Regierungsrat Dr. Willi Geiger (St. Gallen), Staatssekretär Gundolf Fleischer (Baden Württemberg) sowie die Regierungsräte Ernst Neukomm (Schaffhausen) und Ulrich Schmidli (Thurgau).